



Ausgabe 10 – 16. Juli 2018

Arbeit im Landtag

9. Jugend-Landtag

Helena Averdung und Lukas Peters im Düsseldorfer Landtag

Helena Averdung (18) und Lukas Peters (16) sind die Mitglieder des Jugendparlaments, welche die Gelsenkirchener SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier vom 28. bis zum 30. Juni im Jugend-Landtag vertraten. Beide Jugendlandtagsabgeordneten sind im Vorfeld sehr aufgeregt gewesen, denn neben der „spielerischen Komponente“ der Veranstaltung, ging es um knallharte, realitätsnahe Parlamentsarbeit:

Soll ein vergünstigtes Nahverkehrsticket für Azubis eingeführt werden? Wie soll es um die Einführung des Fachs „Informatik“ an weiterführenden Schulen bestellt sein? - Fragen, mit welchen sich die jungen Erwachsenen im Plenum beschäftigten. Im Gegensatz zu den „Großen“ konnten sie sich einigen. Das Azubi-Ticket, sogar mit Unterstützung seitens der CDU konnte eingeführt werden. Lediglich die Kosten des Tickets blieben strittig.

Beide Anträge wurden in geänderter Form vom Plenum verabschiedet.

In der Aktuellen Stunde ging es um die Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro pro Stunde, beantragt von Seiten der SPD. „Dies wurde ziemlich kontrovers diskutiert“, so Helena und Lukas. Auch ein Eilantrag der Fraktionen SPD und FDP zum Polizeigesetz NRW wurde vom Jugend-Plenum verabschiedet. In dem Antrag heißt es wörtlich:

„Aufgrund der Bedenken und der vorgesehenen Möglichkeiten der Einschränkungen der Privatsphäre gegenüber den Einwohnern in Nordrhein-Westfalen fordern die Jugendlandtagsfraktionen der SPD und FDP, dass die Verabschiedung des Polizeigesetzes in seiner jetzigen Form nicht zugelassen wird.“



Die beiden Landtagsabgeordneten Gebhard und Watermeier zeigten sich begeistert. Gut also, dass die gefassten Jugend-Beschlüsse nicht in irgendeinem Aktenordner landen. Die „erwachsenen“ Landtagsabgeordneten werden sich genau damit befassen. „Dies kann schon sehr interessant werden in der anschließenden Diskussion“, so Heike Gebhard und Sebastian Watermeier.



Mehr Jobs und Lebensqualität für das Ruhrgebiet - Die IGA Metropole Ruhr 2027 verdient die Unterstützung des Landes



Foto: IGA-Bewerbung Urheber: RVR



Blumen: Urheber: texel - www.fotolia.com

20 Jahre nach der IBA (Internationale Bauausstellung) Emscher Park und der Kulturhauptstadt 2010 ist mit der Internationalen Gartenausstellung (IGA) 2027 ein neues Dekadenprojekt in der Metropole Ruhr für eine Zukunft ohne Bergbau auf den Weg gebracht worden. Die Kommunen der Metropole Ruhr verbinden mit der IGA **Zukunftsperspektiven für das Ruhrgebiet**: Neue Arbeitsplätze, eine prosperierende Wirtschaftslandschaft, Wohnungsbau am Wasser, grüne Stadtquartiere und die Ansiedlung von Zukunftstechnologien. Bis zu 10.000 neue Arbeitsplätze könnten entstehen. Für einen öffentlich investierten Euro fließen laut neuesten Studien zum Projekt sechs bis acht privat investierte Euro in die Region zurück.

Die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier freuen sich über die Neuigkeiten: „Es sind gute Nachrichten, dass es nun endlich Planungssicherheit gibt. Nachdem Schwarz-Gelb sich monatelang um eine klare Aussage gedrückt hat, kann das Ruhrgebiet nun endlich mit der IGA planen.“, so die beiden Abgeordneten. „Armin Laschet und sein Kabinett mussten sich dem vehementen Protest der Kommunen im Ruhrgebiet und dem Druck der Opposition im Landtag beugen und haben mit dem Bekenntnis zur IGA zunächst vermieden, dass ihre sonstige Konzept- und Planlosigkeit bei Ruhrgebietsthemen öffentlich sichtbar wird.“

Die SPD-Abgeordneten wollen aber nicht akzeptieren, dass der Ministerpräsident sich nun mit fremden Federn schmückt: „Das Konzept der IGA 2027 ist in und von der Metropole Ruhr entwickelt worden. Die Federführung muss nun auch dort bleiben und darf nicht einer Vereinnahmung durch Armin Laschets bisher blut- und inhaltsleere Ruhrkonferenz zum Opfer fallen.“ Die Verantwortung des Landes sei vor allem eine finanzielle. „Ein solches Dekadenprojekt benötigt eine Finanzierung über vorhandene Fördermittel hinaus und darf nicht in Konkurrenz zu anstehenden Stadtteilerneuerungsprojekten gebracht werden, wie es die CDU-Kommunalministerin Ina Scharrenbach gerne hätte. Die Kommunen, die die IGA 2027 tragen, verdienen dafür Unterstützung und gehören nicht ans Gängelband der Kommunalaufsicht.“

Vor dem Hintergrund dieser Möglichkeiten und Perspektiven sollte es im Interesse des gesamten Landes sein, das Projekt zum Erfolg zu führen. Neben einer angemessenen Unterstützung der IGA durch die Landesregierung schlägt die SPD-Landtagsfraktion vor, die IGA als **Leuchtturmprojekt** in die Ruhrgebietskonferenz der Landesregierung aufzunehmen, um diese endlich mit Leben zu füllen.

Drucksache [17/3012](#)

Hervorragende und vorbildliche Strukturen der Demenzberatung in NRW nicht gefährden - SPD-Abgeordnete befragen Landesregierung

In der Fragestunde des NRW-Landtages wollten die Landtagsabgeordneten Heike Gebhard, Thomas Göddertz und Sebastian Watermeier vom Sozialminister wissen, warum er das in Gelsenkirchen ansässige Demenz-Servicezentrum für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht mehr fortführen will. Diese in Deutschland einmalige Einrichtung ist inzwischen Teil eines Projekts um diese gelungene Einrichtung auch in andere Bundesländer zu übertragen.

Auch der Minister konnte die Arbeit des Zentrums nur loben, hält es aber nicht mehr für erforderlich Einrichtungen zu fördern, die sich ganz auf die Unterstützung und Beratung von demenziell erkrankten Menschen und ihre Angehörigen konzentrieren.

„Ohne Not zerstört die Landesregierung eine hervorragende Beratungsstruktur und verunsichert damit Menschen mit Demenz, ihre Angehörigen und die Beschäftigten. Es ist uns völlig unverständlich, in einer Zeit, wo die Gruppe der Menschen mit Demenz wächst und dadurch mehr Angehörige Unterstützung brauchen, diesen die kompetenten Anlaufstellen zu nehmen. Andere Bundesländer beneiden uns um unsere Beratungsstruktur in diesem Feld und schicken sich gerade an sie nun auch einzurichten“, so die Landtagsabgeordneten aus Bottrop und Gelsenkirchen.

Hintergrund Landesinitiative Demenz-Service NRW (LID):

Immer mehr Menschen erreichen ein höheres Alter. Dabei nehmen auch die Zahlen der an Demenz erkrankten Menschen zu. Deren Betreuung und Pflege stellen die Angehörigen vor eine besondere Herausforderung. Die Landesinitiative Demenz-Service NRW (LID) und ihre Beratungsstellen haben sich seit 2004 zu wichtigen Anlaufstellen entwickelt. Sie nehmen eine wichtige Lotsen- und Vermittlungsstelle zwischen Menschen mit Demenz und den pflegenden Angehörigen auf der einen Seite und den Unterstützungs- und Beratungsangeboten in Nordrhein-Westfalen auf der anderen Seite ein. NRW ist diesbezüglich wegweisend, sodass die Expertise bundesweit nachgefragt wird. Die Landesregierung will die Landesinitiative Demenz-Service NRW (LID) in der bestehenden Form nicht weiter fortführen.

Mini-Überschuss mit Haushaltstricks auf Kosten von Gelsenkirchen und anderen Kommunen

Trotz Rekordsteuereinnahmen schafft es der Finanzminister nur mit Haushaltstricks auf Kosten der Kommunen, gerade einmal 30 Millionen Haushaltsüberschuss für 2019 vorzusehen. Dass er zusätzliche Bundesmittel von mehr als 230 Millionen Euro in diesem Jahr für die Unterbringung für Asylbewerber nicht an die Kommunen weiterleitet, um mit diesem Geld seine Haushaltslöcher im nächsten Jahr zu stopfen, ist ein eklatanter Wortbruch. Allein Gelsenkirchen kostet dieser Taschenspielertrick 3,5 Millionen Euro, die unsere Stadt für ihren Haushalt gut gebrau-

Familienpolitik in NRW: CDU und FDP sind umgekippt

Noch vor einem Jahr waren die damaligen Fraktionen im Landtag NRW gemeinsam der Auffassung, dass Familienpolitik wissenschaftlich gestaltet werden soll. Die Enquete-Kommission „Zukunft der Familienpolitik in Nordrhein-Westfalen“ legte damals mit den Stimmen aller Fraktionen und aller Sachverständigen ihren Abschlussbericht vor (Drucksache [16/14000](#)). Enthalten waren darin einhellig verabschiedete Empfehlungen, wie beispielsweise eine kontinuierliche Familienberichterstattung, eine, gemeinsam mit den Kommunen vorgenommene, Evaluierung familienpolitischer Maßnahmen sowie die Entwicklung von Instrumenten zur Überprüfung der Wirksamkeit familienpolitischer Leistungen.

Mit der Landtagswahl kam es zum Umdenken bei FDP und CDU. Die SPD fordert die Landesregierung auf, die Anforderungen der Enquete-Kommission umzusetzen. Einen entsprechenden Antrag der SPD-Fraktion (Drucksache [17/814](#)) haben die Regierungsfaktionen bereits im Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend abgelehnt.

Drucksache [17/814](#)



Familienpolitik: Urheber: kristall - www.fotolia.com

Mitte-Rechts-Regierung im Privatisierungswahn stoppen

Schon im Mai 2018 hat das Landeskabinett NRW die Privatisierung der Spielbanken des Landes beschlossen. Ein erster Schritt in einer Privatisierungswelle, welche bis zu 30 000 Menschen des Landes betreffen wird. Nun soll auch das Spielbankgesetz NRW angepasst werden. Auf den Rücken der Beschäftigten werden überhastete Verkäufe vorbereitet, ohne nähere Details zu kennen und sie transparent darzulegen. Besonders bezeichnend: Erst nach dem angekündigten Verkauf kam es zur Vorlegung einzelner Kriterien, wie Privatisierungen zukünftig gestaltet werden sollen. Erinnerungen an die Zeiten der Regierung Rüttgers und den Verkauf der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft LEG kommen hoch. Wir fordern die Landesregierung auf, die Privatisierung zu stoppen und zusammen mit den Beschäftigten an einer Neuordnung der Spielbanken zu arbeiten.

Drucksache [17/3007](#)



Roulette: Urheber: Victor Moussa - www.fotolia.com

Studiengebühren stoppen -

Konsequenzen aus den Erfahrungen in Baden-Württemberg ziehen

Obwohl sich gebührenfreie Bildung in Nordrhein-Westfalen aus vielen sozialen und auch ökonomischen Gründen bewährt hat, haben CDU und FDP in ihrem Koalitionsvertrag die Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer angekündigt. Damit Bildung gebührenfrei bleibt, hatte die SPD-Fraktion im Sommer 2017 ein **Gebührenfreiheitsgesetz** in den Landtag eingebracht. Die damit einhergehende Anhörung bestätigte die SPD-Position: **Kein Sachverständiger sprach sich für das Gebührenmodell der Mitte-Rechts-Regierung aus.** CDU und FDP zogen ihre Pläne zur Einführung von Studienbeiträgen bis zur Vorlage von Zahlen aus Baden-Württemberg, welches bereits Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer erhebt, zunächst zurück. Diese Zahlen liegen nun vor und belegen: Zusätzliche Einnahmen für die Hochschulen bleiben durch sinkende Studierendenzahlen und den gesteigerten Verwaltungsaufwand aus. **Wir fordern die Landesregierung deshalb dazu auf, die Pläne zur Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Drittstaaten endgültig zu begraben.**

Drucksache [17/3008](#)



Studiengebühren: Urheber: arborpulchra - www.fotolia.com

Wahlkreisarbeit

Gelsenkirchener SPD-Abgeordnete: Mehr Sicherheit braucht mehr Personal - Land und Bund müssen bei Ausstattung mit Polizeistellen Wort halten



Foto: Sebastian Watermeier MdL und Heike Gebhard MdL



Foto: Markus Töns MdB

Diese Woche wurden vorab erste Planungen der nordrhein-westfälischen Polizei im kommenden Jahr bekannt. „Belastungsbezogene Kräfteverteilung“ nennt sich das Vorhaben, durch welches die Polizei sowie die innere Sicherheit in NRW gestärkt werden soll. 2019 sollen den Polizeibehörden in zahlreichen Städten und Kreisen weniger neue Polizisten als bisher zugewiesen werden.

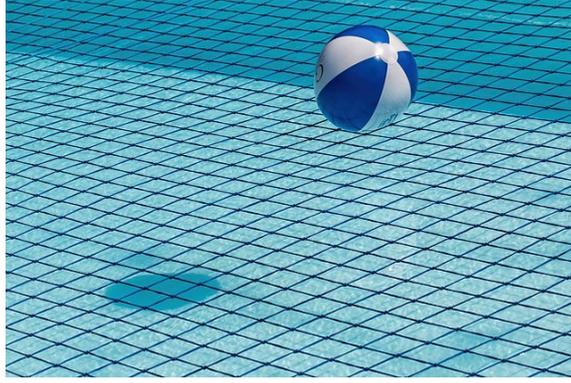
„Sicherheit geht anders“, sind sich die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier (SPD) sicher. Sie kritisieren diesen Wortbruch der Landesregierung. „Die jetzt in der Öffentlichkeit bekannt gewordenen Zahlen stehen in einem scharfen Gegensatz zu den vollmundigen Ankündigungen der Landesregierung, die Polizei und die innere Sicherheit zu stärken“, bewertet Heike Gebhard die Kräfteverteilung. „In Gelsenkirchen werden die Planstellen im Vergleich zum laufenden Jahr trotz steigender landesweiter Neueinstellungen in den letzten Jahren nicht aufgestockt. Dabei wäre gerade im Wach- und Streifendienst eine Aufstockung zur Entlastung der eingesetzten Beamtinnen und Beamten und zur Stärkung der Polizeipräsenz im öffentlichen Raum dringend notwendig. Darüber können vereinzelt Großeinsätze, die der Innenminister als ‚Nadelstiche‘ bezeichnet, nicht hinwegtäuschen. Auch die Aufstockung des Kommunalen Ordnungsdienstes durch die Stadt Gelsenkirchen darf nicht als Ausrede für die Einsparung von Polizeipräsenz durch die Landesregierung dienen.“

Noch schwerwiegender bewertet Sebastian Watermeier den Stellenabbau in benachbarten Polizeibehörden: „Im Ballungsraum Ruhrgebiet müssen wir Sicherheit städteübergreifend denken, weil Kriminalität nun mal nicht an Stadtgrenzen haltmacht. „Es ist ja kein Zufall, wenn parallel zur ausbleibenden Aufstockung in Gelsenkirchen 21 Stellen in Essen, 19 in Bochum und 11 im Kreis Recklinghausen gestrichen werden. Auch in Dortmund und Duisburg werden Stellen abgezogen. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat erkennbar andere Prioritäten als die Sicherheit im Ruhrgebiet zu gewährleisten. Die rot-grüne Vorgängerregierung hatte den Vorrang bei der Personalverteilung noch auf die städtischen Räume gelegt und mehr Stellen im Ruhrgebiet geschaffen als in anderen Landesteilen.“

Bundestagsabgeordneter Markus Töns sieht die Personalausstattung der Polizei in Gelsenkirchen ebenfalls kritisch. Er sorgt sich um die Einsatzfähigkeit der Bundespolizei, die an den Bahnhöfen Präsenz zeigen und für Sicherheit sorgen soll. „Das ständige Lamentieren des Bundesinnenministers Seehofer über die Grenzsicherung in Bayern darf nicht dazu führen, immer mehr Kräfte der Bundespolizei aus dem Westen abzuziehen und die Bahnhöfe hier unbeaufsichtigt zu lassen.“ Aus eigener Erfahrung weiß er, dass die Bundespolizei an Bahnhöfen wie Gelsenkirchen kaum noch zu sehen ist, was zu Unsicherheitsgefühlen bei den Fahrgästen führen kann. „Leider spielt auch hier Landesinnenminister Reul keine rühmliche Rolle - er müsste gegenüber seinem Amtskollegen und Parteifreund im Bund deutlich machen, dass bayerische Wahlkampfinteressen nicht schwerer zu gewichten sind als die Interessen der Menschen in NRW.“

„Land und Bund müssen bei der Kräfteverteilung Wort halten“, ist das Fazit der drei Abgeordneten. „Wer den Menschen mehr Sicherheit verspricht, der steht auch in der Pflicht, dieses Versprechen durch dauerhafte Maßnahmen einzulösen.“

Heike Gebhard und Sebastian Watermeier: „CDU versucht Stimmungsmache jenseits aller Verantwortung“



Schwimmbad: Urheber: stevepb www.pixabay.com

Zur Kampagne der CDU Gelsenkirchen zum Bäderkonzept erklären die SPD-Landtagsabgeordneten Heike Gebhard und Sebastian Watermeier:

„Die Kampagne der CDU ist der Versuch von Stimmungsmache jenseits aller Verantwortung. Erst steigt die CDU aus dem Haushaltskonsens aus und nun erklärt der CDU-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Heinberg, dass Geld nur eine unter-geordnete Rolle spiele.

Als Landtagsabgeordnete können wir uns nur verwundert die Augen reiben: Die CDU-Kommunalministerin Ina Scharrenbach rügt in der Diskussion um die Internationale Gartenausstellung 2027 die angespannte Finanzsituation der Ruhrgebietskommunen. Sie ist es auch, die die Ruhrgebietskommunen und insbesondere Gelsenkirchen bei den Schlüsselzuweisungen 2018 gegenüber dem ländlichen Raum benachteiligt hat. Eine Verbesserung ist auch 2019 nicht zu erwarten. Denn die Ministerin hat im Kommunalausschuss bereits eingestanden, dass sie auch im kommenden Jahr wegen der Ausgestaltung des Gemeindefinanzierungsgesetzes weitere Kritik aus dem Ruhrgebiet erwartet. Die Vorstellung der CDU Gelsenkirchen steht somit im krassen Widerspruch zur CDU Landespolitik.

Aus dem regelmäßigen Austausch mit der SPD-Ratsfraktion wissen wir, dass dort sehr verantwortungsvoll mit dem Thema Bäderkonzept umgegangen wird. Ziel ist es die Bedarfe sowohl für den Schul- und Schwimmsport abzudecken wie auch der gesamten Bevölkerung ein attraktives Angebot zu machen, das von der Stadt Gelsenkirchen finanziell bewältigt werden kann. Es gilt nun, die Ergebnisse des Gutachtens abzuwarten und auf dieser seriösen Grundlage, die auch die Kostendimension einzelner Standortalternativen umfasst, die Diskussion sachlich zu führen.“



Koffer: Urheber: stux www.pixabay.com

**Wir wünschen Ihnen eine entspannte und erholsame Sommerferienzeit.
Die nächste Ausgabe von „Landtag Aktuell“ erscheint Mitte September.**

Besucht uns auch hier

facebook

V.i.S.d.P.: Heike Gebhard und Sebastian Watermeier

SPD-Landtagsfraktion NRW, Platz des Landtags 1, 40211 Düsseldorf